

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 17. November 2014

Verfasser: Andreas Hauri

### **Abgabe auf stark verkehrserzeugende Nutzungen** (Barbara Schaffner)

Mit diesem Vorstoss wurde der Methusalem auf der Traktandenliste behandelt und auch gleich begraben, ohne dass seine lange Existenz etwas bewirkt hätte.

Auch für die Grünliberalen ist der vorliegende Vorstoss nicht ohne "Haare in der Suppe". So wird vor allem das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Einführung einer neuen Gebühr als schlecht angesehen. Dennoch unterstützen die Grünliberalen diese PI, um einen Anreiz zu setzen, dass bei Bauten und Anlagen, die sowieso schon ein hohes Verkehrsaufkommen erzeugen, nicht noch mehr Parkplätze als notwendig gebaut werden. Wer grosse Verkehrsströme durch neue Bauten und Anlagen anzieht, muss sich bewusst sein, dass dadurch Folgekosten entstehen, die durch die Allgemeinheit bezahlt werden. Damit ist eine Gebühr berechtigt. Erwartungsgemäss wurde die PI mit 95 : 71 leider abgelehnt.

### **Raumschonende Einkaufszentren** (Thomas Wirth)

Einkaufszentren sollen neu mindestens 2 Geschosse aufweisen und somit der Bedarf an Bodenfläche minimiert werden. Dieser ebenfalls „alte“ Vorstoss kann aus Sicht der Grünliberalen abgeschrieben werden. Dies aus folgenden Gründen: Das Postulat zielte ursprünglich auf Projekte von Aldi und Lidl ab, leider mit ungünstiger Formulierung, so dass die flächenverschwendende Bauweise damit nicht eingeschränkt werden kann.

Die Grünliberalen hoffen, dass die Gemeinden die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten zukünftig besser nutzen. So sollten in den geeigneten Teilen der Zentren vermehrt öffentliche Nutzungen in den Erdgeschossen vorgeschrieben werden, so dass dort geeignete Flächen für den Detailhandel entstehen und dafür im Gegenzug Verkaufsflächen in den Gewerbezonon einschränken. Dadurch stehen diese Flächen dem produzierenden Gewerbe zur Verfügung.

### **Wasserqualität der Glatt** (Andreas Hasler)

Im technischen Gewässerschutz erhalten wir die Note 5, im ideellen Gewässerschutz einen lausigen 2er.

Der grösste Handlungsbedarf liegt heute bei der Revitalisierung und somit bei der Aufwertung der Glatt als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, aber auch als Landschaftselement und Erholungsraum für die Bevölkerung. Dies erkannte auch der Regierungsrat, allerdings fehlen konkrete Massnahmen seitens der Regierung. Die Grünliberalen bedauern, dass die Regierung dieses Projekt auf die lange Bank schiebt und somit die beste Gelegenheit verpasst, die Glatt ökologisch aufzuwerten. Deshalb hinterlässt die Abschreibung dieses Postulats einen äusserst schalen Nachgeschmack.

### **Raumplanungsbericht 2013 des Regierungsrates** (Thomas Wirth)

Gemäss Planungs- und Baugesetz hat der Regierungsrat dem Kantonsrat alle 4 Jahre über die Durchführung der Raumplanung zu berichten.

Aus Sicht der Grünliberalen liegt die grösste Herausforderung in der inneren Verdichtung. Dabei müssen nicht Gesetze sondern Prozesse diese zukünftigen Fragen regeln. Ein Einbezug aller Betroffenen (Bevölkerung, Gewerbe....) bringt die besten Lösungen. Heute entscheiden primär Beamte, welche die Umsetzung nicht mehr vertreten müssen.

Die glp begrüsst die Best Practice Beispiele im Bericht des Regierungsrates. Was allerdings fehlt ist die Berichterstattung über den aktuellen Zustand der Raumplanung, über die Ziele sowie über deren Massnahmen, damit die Ziele erreicht werden können.

### **Bewilligung eines Objektkredites für den Neubau einer separaten Busspur entlang der Rapperswiler-/Zürichstrasse von Unterwetzikon bis Bossikon (Hinwil)** (Andreas Erdin)

Der aktuelle Ausbau der Rapperswilerstrasse kommt vor allem dem Individualverkehr zu Gute. Die jetzige Vorlage soll auch den öffentlichen Verkehr stärken und so die täglichen Bus-Verspätungen (1/3 aller Anschlusszüge werden aufgrund der Staus verpasst) minimieren. Die Realisierung dieser Busspur ist wichtig für alle die den öffentlichen Verkehr zwischen Hinwil und Wetzikon nutzen wollen.

Für die Grünliberalen bedeutet dieser Objektkredit eine nachhaltige Investition zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Der Rückweisungsantrag seitens SVP & EDU wurde richtigerweise mit 109 : 52 abgelehnt.